

Volks-Zeitung

Verleger: Dr. Otto Rüdiger, Berlin-Stettin

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle

Zufuhr in Gemüse und Obst genügend. Preise meist anziehend.	(In Tausend Mark)
Weiskohl 900-1000, Wirsingkohl 900-1000, bis 1400, Birnen 900-2000, Pflaumen 600 bis 1000, Apfels 900-1000, Johannisbeeren 800 bis 1200 die Mandel, Mohrrüben 700-900, bis 900 das Pfund, Tomaten 1500 bis 1200, grüne Bohnen 1000 bis 1200, das Pfund, Pflaumenfleisch 12 000 das Pfund, ohne Knochen 11 000 das Pfund.	

Druck und Verlag: Rudolf Roffe, Berlin

Strassensb. 2000000, Ums. 2200000	P.-K. O. 15000, Fern u. Ost. 30000
Hochz. 2 1000-1200000, 3 800-1000000	Aut. 120000, Techn. u. Ung. 90000
Stadtst. II. 3000000, III. 2000000	Urs. O. 30000, Fern u. Ost. 75000
Omnib. Teil 2000000, III. 2500000	Aut. 200000, Tech. u. Ung. 150000
Draht. W. 20000000, Pl. 10000000	Telegr. 600000 W. Gr. 1000000
Tele. 2000000, Aut. 2000000	Post. Ausland in nach Wahrung

Dollar: 182 000 000

Wie wir erfahren, begibt sich Reichsminister Gölle für einige Tage nach Süddeutschland.

Primo de Rivera will eine Politik des Entgegenkommens gegenüber Frankreich treiben.

Junger Mann würde als höchster Junks im Fiume-Fall den Vorkauf anrufen.

Der griechische Kriegsmilitarist hat den Vertreter der drei alliierten Hauptmächte den vorgelegten Entschuldigungsbescheid abgelehnt.

Die russische Staatsbank hat im Verkauf von Tschernomors-Koten an das Publikum ein Scheitern.

Der frühere griechische Ministerpräsident Dragomiris ist gestorben.

Die belgischen Staaten bezeichnen eine Konferenz ihrer Außenminister vor.

Infolge eines Buchdruckerstreiks in New-York geben die dortigen Zeitungsbetriebe eine Notzeitung heraus.

Die französische Regierung hat einen Postkassenstreik beim Postamt in Paris beendet.

Das Pariser Welt-Journal meldet aus Washington, daß Lloyd George bei seiner bevorstehenden Durchreise eine Zusammenkunft mit Präsident Coolidge haben wird.

Die gestrige Devisenrazzia

Noch kein endgültiges Ergebnis - Der Dollar in Front

Die BS-Korrespondenz teilt mit:

Die gestrige Razzia auf die wilden Devisenhändler, die unter Leitung des Erschließungsministers, Geheimrat Sellinger, und des Leiters der Abteilung W im Polizeipräsidentium, Regierungsrat Hinkel, stattfand, hat allem Anschein nach ein ansehnliches Ergebnis gehabt. Bis zum Abschluß dieses Berichtes lagen zwar die Einbußen der „Beute“ noch nicht vor, doch läßt sich schon jetzt sagen, daß der Devisenabteilung nicht innerlich gemachte Notizen oder Notizen zugeführt werden können. Unter den beschlagnahmten Notizen spielt, wie leicht einzusehen ist, der Dollar die Hauptrolle.

Im allgemeinen hat sich die Razzia sehr glatt abgewickelt. Verhaftungen sind nicht vorgenommen, da von den überlisteten Devisenbesitzern Widerstand gar nicht versucht worden ist. Am Polizeipräsidentium haben sich heute vormittag jedoch schon eine ganze Anzahl Ausländer gemeldet, die ihre gestrigen abend gegen Entlohnung abgenommenen Geldvaluten zurückverlangen. Unter ihnen befanden sich Personen, die tatsächlich als Fremde im Sinne der Ausfuhrbestimmungen der Devisenordnung zu betrachten sind, also Leute, die sich nur vorübergehend in Deutschland aufhalten, die auf der Verganngsreise begriffen sind oder die hier Geschäfte tätigen wollen. Dagegen verurteilt auch eine ganze Anzahl von solchen Ausländern, die dauernd in Deutschland wohnen, ihre Zeit und wollte die Devisen zurückfordern.

Die letztgenannte Kategorie dürfte jedoch wenig Glück mit ihrer Reklamation haben, da alle diejenigen, die einen festen Wohnsitz in Deutschland haben und der Steuerhoheit des Reiches unterliegen, bezüglich der Abgabepflicht von Devisen genau so behandelt werden wie Reichsdeutsche. Eine Ausnahme bilden lediglich die Studierenden fremder Nationen, die die Währung ihres Landes zurückgefordert erhalten.

blattes“ veranlaßt, den Leiter des Berliner Wucheramtes, Regierungsrat Hinkel, über die Grundzüge zu befragen, die bei den gestrigen Devisenrazzien maßgebend waren und die für die Polizei auch in Zukunft bei ähnlichen Anlässen Geltung haben.

In der Interwiedung betonte Regierungsrat Hinkel (nach dem W. Z.), daß es zu Verbesse- rationsmaßnahmen im eigentlichen Sinne nicht gekommen ist. Die kontrollierenden Beamten beschränkten sich in den einzelnen Fällen mit der bloßen Aufzählung, die Befragten vorzugeben. Wenn natürlich hier und da der Verdacht gemacht worden ist, Papiere, nach denen gesucht wird, unter den Augen der mit der Durchführung der Kontrolle beauftragten Beamten zu verbergen, so haben sich diese Personen einen etwas energischeren Zugriff gefallen lassen müssen. Auf die Frage unieres Mitarbeiter, ob gegen die angetroffenen Ausländer in der gleichen Weise verfahren worden sei, erklärte der Leiter des Wucheramtes folgendes: Von der Festnahme der vorerwähnten Devisen werden alle Ausländer betroffen, die in Deutschland dauernd ansässig sind, Fremde, die nur auf der Durchreise sind und befinden und das durch Vorzeigen ihres Passes einwandfrei bekräftigen können, werden von vornherein von der Verpflückung entbunden, ihre Briefschaften vorzugeben. Nur den Einwand, daß es nun doch aber auch Ausländer gäbe, wie zum Beispiel Journalisten, die im eigentlichen Sinne nicht auf der Durchreise sind, andererseits aber auch nicht dauernd in Deutschland ansässig sind, „In solchen Fällen wird“, so erklärte Regierungsrat Hinkel weiter, „dem Betroffenen das Geld wieder ausgehändigt. Ueber jeden beschlagnahmten Betrag wird so eine Mitteilung gemacht, auf der deutlich vermerkt ist, daß der Besitzer die Papiere, sofern er ihren rechtmäßigen Besitz nachweisen kann, da und da abholen kann. Wie gesagt, die Rückgabe oder die Einbehaltung der fremden Zahlungsmittel hängt in besonderen Fällen von einer individuellen Reklamation ab.“

Zum Schluß seiner Ausführungen kam Regierungsrat Hinkel noch einmal auf den Verkauf der ganzen Razzia zurück, die im großen und ganzen reibungslos verlaufen sind. Die Tatsache, daß die Beamten nicht in einem einzigen Falle wegen Widerpenflichkeit eingekerkert wurden, ist wohl der beste Beweis für die ruhige und sachliche Abwicklung der Devisenrazzien, die gestern vorgenommen worden sind.

Der Völkerbund als Fiume-Schiedsrichter?

Nachrichtlich über seine Absichten

Paris, 19. September. (E. L.)

Der jugoslawische Außenminister Ninitschitsch erklärte dem Genfer Korrespondenten des „New York Herald“, Jugoslawien werde für den Fall, daß die Verhandlungen mit Italien wegen Fiume scheitern sollten und Italien den Schiedsrichter des schweizerischen Bundespräsidenten ablehnen werde, den Völkerbund zur Entscheidung des Streitfalls anrufen. Der Fiumekonflikt sei leichter zu entscheiden als der griechisch-italienische Konflikt.

Die Ueberführung der Zanina-Opyer

Der Entschuldigungsbescheid des Kriegsministers

Wien, 19. September. (W. Z.)

Die letzten Opyer des Attentats von Zanina sind gestern in Pressea an Bord gebracht worden. Es wurden ihnen von zwei griechischen Infanteriekompanien und einem griechischen Zepedoboot die militärischen Ehren erwiesen.

Der griechische Kriegsminister hat sich in Ausführung der Bestimmungen der von der Völkervereinigung Griechenlands ausgesandten Note gestern zur italienischen, englischen und französischen Gesandtschaft begeben und dort die Entschuldigung der griechischen Regierung ausgesprochen.

Primo de Rivera über seine Politik

Entgegenkommen gegenüber Frankreich - Keine Bewegung der Junks

Paris, 19. September. (G. A.)

Primo de Rivera hat sich dem Korrespondenten des „Matin“ in Madrid gegenüber folgendermaßen über die Ziele und Absichten seiner Bewegung geäußert: Er wies eingangs darauf hin, daß er Frankreich gegenüber eine äußerst entgegenkommende Politik treiben werde. Er sei während des Krieges während der Zusammenkunft gewesen und sei stolz auf das Kriegsergebnis. Das Maroffe anerkennend, so haben wir vorläufige Entschuldigungen getroffen. Der frühere Kriegsminister General Nipuru, der am Donnerstag nach Maroffe abreisen wird, wird an Ort und Stelle als Oberkommandant die Lage prüfen. Auch dem Bericht dieses Generals wird das Direktorium, das nur aus Generalen besteht, die in Maroffe kommandieren, einen Aktionsplan entwerfen können. Gegenwärtig bin ich über den weitaus größten Teil unserer maroffensischen Besichtigungen nicht beunruhigt, da für die Ruhe in dieser Gegend Raffuli sorgen wird. Ich möchte Ihnen wiederholen, daß meine Bewegungen nichts mit denen der früheren Junks zu tun haben. Durch unser Vorgehen haben wir unserem Lande zu viel schwerere Kräfte erspart, denn es bereiten sich Bewegungen vor, die leicht einen sowjetischen Charakter annehmen könnten. Aus Liebe zu unserem Vaterlande haben wir den König verteidigt. Ich will niemanden verfolgen, aber ich werde unverzüglich sein gehen alle diejenigen, die sich widerlegen. Die sind nicht antikomunistisch, im Gegenteil, wir bauen es, daß wir gewonnen sind, gewisse Artikel der Verfassung aufzuheben. Sollte die Atmosphäre gereinigt sein, werden wir auf das normale Regime zurückgreifen. Unsere Ziele liegt tiefer in der Form, die unsere Bewegung annimmt, als in dem Geiste, der sie erfüllt.

Ein alter Revolutionär gestorben. Wie aus London gemeldet wird, ist dort der bekannte russische Revolutionär Kron Rubelowitsch im Alter von 71 Jahren gestorben. Rubelowitsch mußte nach dem Sturz des Zarsystems ins Exil gehen, weil er das kommunistische Regime nicht anerkennen wollte.

Die Besprechung Poincaré-Baldwin

Die heutige Zusammenkunft in Paris - Auch der belgische Ministerpräsident in Paris

Skeptische Beurteilung in London

Paris, 19. September. (W. Z.)

Der englische Premierminister Baldwin ist gestern abend in Paris angekommen und auf dem Bahnhof im Namen der französischen Regierung von dem Chef des Protokolls begrüßt worden.

Nach einer Werbung der „Chicago Tribune“ werden an der heutigen Besprechung Poincarés mit Baldwin voraussichtlich Sir William Ericell, Staatssekretär im Foreign Office, und französischer Staatsrat Barthou sowie der juristische Sachverständige Karoze teilnehmen.

Paris, 19. September. (G. A.)

Poincaré wird sich morgen nach Rambouillet begeben, wo unter dem Vorh. Millerands ein Ministerrat stattfinden wird. Er wird dabei dem Ministerrat und dem Präsidenten über seine heutige Besprechung mit dem englischen Premierminister berichten. Am nächsten Sonntag wird sich Poincaré wiederum nach dem Waasdepartement begeben, wo er zwei Wochen halten wird. In diesen wird er nachsichtlich Gelegenheiten nehmen, ausführlicher auf die Reden Stresemanns zu antworten und, dem „Echo de Paris“ zufolge, in einigen Punkten seine Erklärungen vom letzten Sonntag über die Reparationen ergänzen.

London, 19. September. (W. Z.)

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, keine belgische Regierung könnte jemals den von Poincaré niedergelagerten Bedingungen in einem englisch-französischen Akt zustimmen, der militärische Zugaben und Interzessionen für Polen vorsehe. Die Zukunft der belgischen Außenpolitik werde in der Hauptsache durch die bevorstehende Reichskonferenz bestimmt werden.

„The Morning Gazette“ schreibt, England wünsche, daß in der Reparationsfrage eine Regelung erzielt wird, die vollkommen fair gegenüber Frankreich sei, und das englische Volk sei bereit, den größtmöglichen Beitrag zu diesem Zwecke zu leisten. Augenblicklich habe Poincaré den Schlüssel für die Lösung des europäischen Problems in Händen. Werde er bereit sein, ihn zu gebrauchen?

Paris, 19. September. (E. L.)

Der Brüsseler Korrespondent des „Echo de Paris“ teilt über die Auffassungen der Lage in belgischen politischen Kreisen mit, Belgien sei zu der Überzeugung gelangt, daß mit Gewaltmaßnahmen allein die Republik und die Repara-

Die Besprechung Poincaré-Baldwin

Die heutige Zusammenkunft in Paris - Auch der belgische Ministerpräsident in Paris

Skeptische Beurteilung in London

Paris, 19. September. (W. Z.)

Der englische Premierminister Baldwin ist gestern abend in Paris angekommen und auf dem Bahnhof im Namen der französischen Regierung von dem Chef des Protokolls begrüßt worden.

Nach einer Werbung der „Chicago Tribune“ werden an der heutigen Besprechung Poincarés mit Baldwin voraussichtlich Sir William Ericell, Staatssekretär im Foreign Office, und französischer Staatsrat Barthou sowie der juristische Sachverständige Karoze teilnehmen.

Paris, 19. September. (G. A.)

Poincaré wird sich morgen nach Rambouillet begeben, wo unter dem Vorh. Millerands ein Ministerrat stattfinden wird. Er wird dabei dem Ministerrat und dem Präsidenten über seine heutige Besprechung mit dem englischen Premierminister berichten. Am nächsten Sonntag wird sich Poincaré wiederum nach dem Waasdepartement begeben, wo er zwei Wochen halten wird. In diesen wird er nachsichtlich Gelegenheiten nehmen, ausführlicher auf die Reden Stresemanns zu antworten und, dem „Echo de Paris“ zufolge, in einigen Punkten seine Erklärungen vom letzten Sonntag über die Reparationen ergänzen.

London, 19. September. (W. Z.)

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, keine belgische Regierung könnte jemals den von Poincaré niedergelagerten Bedingungen in einem englisch-französischen Akt zustimmen, der militärische Zugaben und Interzessionen für Polen vorsehe. Die Zukunft der belgischen Außenpolitik werde in der Hauptsache durch die bevorstehende Reichskonferenz bestimmt werden.

„The Morning Gazette“ schreibt, England wünsche, daß in der Reparationsfrage eine Regelung erzielt wird, die vollkommen fair gegenüber Frankreich sei, und das englische Volk sei bereit, den größtmöglichen Beitrag zu diesem Zwecke zu leisten. Augenblicklich habe Poincaré den Schlüssel für die Lösung des europäischen Problems in Händen. Werde er bereit sein, ihn zu gebrauchen?

Paris, 19. September. (E. L.)

Der Brüsseler Korrespondent des „Echo de Paris“ teilt über die Auffassungen der Lage in belgischen politischen Kreisen mit, Belgien sei zu der Überzeugung gelangt, daß mit Gewaltmaßnahmen allein die Republik und die Repara-

Reparationsdebatte im Völkerbunds-ausschuss

Genf, 18. September. (W. Z.)

Bei der Debatte des Zweiten Ausschusses der Völkerbundsversammlung (Technische Organisationen) über den Bericht des Finanzkomitees eröbnete Nacici (Japan), daß er Grund zu der Annahme habe, daß in einiger Zeit die Grundlinien für die Lösung des Reparationsproblems gefunden sein würden. Der Vertreter Hollands, Göttinge, und der schweizerische Delegierte Nöthen wiesen auf die Bedeutung dieser Erklärung von Seiten einer so autorisierten Persönlichkeit wie Nacici hin. Strafoch (Schweiz) griff die Bewertung Nacicis auf und beantragte, in die Entschließungs-entwürfe für die Versammlung einen Text über die Reparationsfrage einzufügen und zwar im Sinne der Erklärung, die Nacici in seiner Eröffnungsrede vor der Versammlung abgegeben habe, als er der Hoffnung auf baldige Lösung des Problems Ausdruck verlieh. Nöthen (Dänemark) unterstützte den Vorschlag. Der